Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen (23. Ausschuß)

über den Antrag der Abgeordneten Müller-Hermann, Holkenbrink, Lemmrich und Genossen und Fraktion der CDU/CSU

— Drucksache IV/805 —

betr. Gewichte und Abmessungen der zum Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugelassenen Nutzkraftfahrzeuge

A. Bericht des Abgeordneten Schmidt (Braunschweig)

Der Antrag der Abgeordneten Müller-Hermann, Holkenbrink, Lemmrich und Genossen und Fraktion der CDU/CSU betr. Gewichte und Abmessungen der zum Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugelassenen Nutzkraftfahrzeuge vom 5. Dezember 1962 wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 16. Januar 1963 dem Ausschuß für Verkehr, Postund Fernmeldewesen federführend und dem Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuß hat mit Schreiben vom 7. Februar 1963 empfohlen, den Antrag auf Grund der in der Zwischenzeit ergangenen Verlängerungsverordnung für erledigt zu erklären.

Der federführende Ausschuß für Verkehr, Postund Fernmeldewesen hat den Antrag in seinen Sitzungen vom 14. Februar und 12. Dezember 1963 beraten. Er kam zu dem Schluß, daß die Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 10. Januar 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 20), mit der die Auslauffristen allgemein bis zum 1. Januar 1966 verlängert werden, nur der Nr. 2 des Antrages Rechnung trägt. Die Bemühungen um die in Nr. 1 des Antrages geforderte einheitliche Regelung der Gewichte und Abmessungen der zum Verkehr zugelassenen Nutzkraftfahrzeuge sollen auf europäischer Ebene verstärkt betrieben werden, um möglichst bald eine gemeinsame und dauerhafte Lösung zu erreichen.

Bonn, den 9. Januar 1964

Schmidt (Braunschweig)

Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

- 1. Die Bundesregierung wird aufgefordert,
 - auf eine einheitliche Regelung der Gewichte und Abmessungen sowie der sonstigen technischen Bedingungen der zum Verkehr zugelassenen Nutzkraftfahrzeuge innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hinzuwirken und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um auf diesem Gebiet möglichst schnell eine gemeinsame und dauerhafte Lösung zu erreichen, damit auch hierdurch Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsunternehmen der Mitgliedstaaten vermieden werden;
- den Antrag Drucksache IV/805 durch die inzwischen erfolgten Maßnahmen der Bundesregierung für erledigt zu erklären.

Bonn, den 12. Dezember 1963

Der Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

Dr. Bleiß

Schmidt (Braunschweig)

Vorsitzender

Berichterstatter